

EBERSBERGER

UMSCHAU

Nr.2 Sept 79



Mitteilungsblatt der SPD für die Bürger der Kreisstadt Ebersberg

Tiefgarage für die Innenstadt

SPD will Parkplatzmisere der Kreisstadt lösen.

Als eine der notwendigsten kommunalpolitischen Aufgaben der nächsten Zeit sieht der kommunalpolitische Arbeitskreis des SPD-Ortsverbandes zusammen mit den SPD-Stadträten die Beseitigung der Parkplatzmisere im innerstädtischen Bereich.

Daß dieses Problem insbesondere für die Konsumenten, die Geschäftswelt an und um den Marktplatz und alle Fraktionen des Ebersberger Stadtrates nicht neu ist, dürfte seit langem bekannt sein. Seitens der CSU und auch der UWG wurden hier immer wieder Schlagworte und Vorstellungen unterbreitet, die sich jedoch bislang nie haben realisieren lassen.

In Zusammenarbeit mit dem kommunalpolitischen Ausschuß des SPD-Ortsvereins Ebersberg hat nun die SPD-Stadtratsfraktion einen Vorschlag unterbreitet, der durchaus realistisch und nach Lage der Dinge auch zu verwirklichen ist. Sicher müssen noch einzelne Details geklärt werden. Dennoch wird die SPD keine Verzögerungstaktik hinnehmen.

Nach dem Abbruch des „Alten Mädchenschulhauses“, im übrigen gegen den erbitterten Widerstand der SPD, müssen die nunmehr geschaffenen Verhältnisse an der Pfarrer-Bauer-Straße betrachtet werden. Die Stadt Ebersberg, mit gemeindeeigenen Grundstücken ohnehin nicht gerade reichlich ausgestattet, muß daher versuchen, städtisches Eigentum möglichst optimal zu nutzen.

Gerade das Grundstück an der Pfarrer-Bauer-Straße bietet sich für eine mehrfache und damit maximale Nutzung an. Auf dem Grundstück kann nämlich eine Tiefgarage für rund 40 Stellflächen errichtet werden. Sowohl die Zufahrt, als auch das eigentliche Parken würde dann ebenerdig von der Ulrichstraße aus erfolgen. Zudem kann diese „Mittelgarage“, wie auch von der UWG-Fraktion richtigerweise festgestellt, als Zivilschutzraum Verwendung finden. Diese Vorstellung würde darüber hinaus weder die geplante Kindergartenerweiterung, noch die Anlegung eines öffentlichen Kinderspielplatzes über dieser Tiefgarage beeinträchtigen.

In den örtlichen Presseorganen wurde über den fundierten und ausgewogenen Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktionen bereits ausführlich berichtet. Hier nochmals die wichtigsten Daten und Fakten:

- Die geschätzten Gesamtkosten für diese Tiefgarage belaufen sich auf rund 450.000 Mark.
- In ganz Ebersberg besteht noch kein Selbstschutzraum, so daß sich eine derartige Doppelnutzung geradezu anbieten würde. Dies würde auch dazu führen, daß die Gesamtbaumaßnahme wahrscheinlich mit ca. 50 Prozent bezuschußt wird. Der Bau der Tiefgarage in Kombination als Zivilschutzraum könnte somit verhältnismäßig billig gestaltet werden.
- Nachweislich müssen keine Entlüftungsanlagen in den künftigen Kindergarten- und Spielplatzbereich hinein angelgt werden. Eine Gefährdung durch Abgase ist dadurch nicht gegeben.

- Die Tiefgarage liegt in unmittelbarer Nähe des Ebersberger Marktplatzes und damit in unmittelbarer Nähe der Geschäfte und würde von den Bevölkerung, — das Grafinger Beispiel Parkplatz hinter dem Feuerwehrhaus beweist es —, angenommen werden. Die Garage hat mit Sicherheit auch positive Auswirkungen auf den Quell- und ruhenden Verkehr in der Stadtmitte.
- Die Stadt Ebersberg hat bereits seit Jahren diejenigen Geschäftseigentümer, die fehlende Stellflächen nicht erbringen konnten, notariell verpflichtet, sich an einem Bauvorhaben wie hier beispielsweise der Tiefgarage, mit einem Betrag von 3000 Mark pro Stellfläche zu beteiligen. Derartige notarielle Zusicherungen bestehen derzeit für 17 Stellflächen, die vor dem Ebersberger Rathaus noch nicht eingerechnet.
- Wohl nicht zu unrecht beklagen die Anwohner des Ebersberger Nachtlokals Show-Boot die nächtlichen Lärmbelästigungen. Für die Discothekenbesucher würde mit der Tiefgarage ein Ventil gefunden, das die Lärmbelästigung für diese Anlieger auf ein Minimum reduzieren könnte. Motorengeheul und Autotürenlärm würde sich in den Bereich der Tiefgarage verlagern.
- Die SPD verkennt nicht, daß durch den Bau der Tiefgarage einige Bäume im Bereich dieses Grundstücks gefällt werden müßten. Denn gerade die Ebersberger SPD ist es, die für die Belange des Natur- und Umweltschutzes eintritt. Die SPD wird sich bei der Errichtung des Kinderspielplatzes an der Pfarrer-Bauer-Straße für eine intensive Begrünung des Geländes einsetzen, um den Verlust zu kompensieren.

Fortsetzung Seite 4



25 Jahre Stadt Ebersberg (1954-1979);
60 Jahre SPD-Ortsverein Ebersberg (1919-1979).

Wir arbeiten seit Generationen für das Wohl der Bürger von Ebersberg. Frieden, soziale Gerechtigkeit und Demokratie sind untrennbare Werte der Sozialdemokratie.

Sozialdemokratischer Ortsverein und Stadtratsfraktion Ebersberg.

Ebersberg in der Zeit vor dem 2. Weltkrieg.

Jugendtreffpunkt Ebersberg; Vorurteile und Realität

Wer aufmerksam die beiden Lokalzeitungen liest, weiß von den häufigen Ankündigungen über Filme, Theater, Musikveranstaltungen und Versammlungen, die seit 1975 im Ebersberger Jugendtreffpunkt ablaufen.

Wohl kaum eine andere Jugendgruppe im Landkreis hat in den letzten 5 Jahren ein derart breitgefächertes Programm zur Freizeitgestaltung der Jugend angeboten.

Besonders die Sozialdemokraten hatten sich in der Kreisstadt all die Jahre für den Jugendtreffpunkt und dann — wenn auch vergeblich — zur Errichtung eines großen Jugendzentrums stark gemacht.

Dagegen hielt man sich bei der Arbeit innerhalb der Jugendzentrumsbewegung immer an den in der Satzung manifestierten Grundsatz, wonach die Arbeit in einem Jugendzentrum nicht parteipolitisch und konfessionell gebunden sein darf.

Grundgedanke einiger Jugendlicher war 1973 die Tatsache, daß Jugendliche in Ebersberg zwar ein Angebot an Vereinsarbeit hatten, jedoch für sonstige Freizeitgestaltung und für Jugendliche die sich nicht Vereinen anschließen wollten, kein Angebot vorhanden war.

Sogleich unterstützte der Kreisjugendring Ebersberg die Initiative und vor allen Dingen Kreisjugendpfleger Alfred Popp begrüßte die Aktion der Jugendlichen und bezeichnete sie als „pädagogisch sinnvoll und nützlich“. Grundgedanke der aktiven Jugendlichen war dann, den Jugendlichen im Jugendtreffpunkt einen Freiraum anzubieten, in welchem er aktiv seine Freizeit gestalten kann. Und mit Erfolg! Die Aktionsgemeinschaft Jugendzentrum startet ein Programm, das eine echte Alternative zum Discotheken- und Wirtshaus-Dasein vieler Jugendliche darstellte. In einer selbst eingerichteten Teestube startete man ein Anti-Alkohol-Programm, welches mit zahlreichen Teesorten, Milch- und Fruchtsaft-Getränken zum größten Erfolg des Jugendtreffpunktes wurde.

Bei sonstigen Angeboten, wie die bereits eingangs erwähnten Filmvorführungen und Musikfesten war der nur 200 qm umfassende Jugendtreff oft mit 100 und noch mehr Besuchern hoffnungslos überfüllt, wie zuletzt bei einem Pop-Konzert im Juli 79 mit 130 Besuchern.

Darüberhinaus ist zu erwähnen, daß sich im Laufe der Jahre eine rege Jugendgruppenarbeit entwickelte. So gibt es heute eine Umwelt- und Naturschutzgruppe neben einer Lehrlings- und Schülergruppe, eine Filmgruppe, eine Spiel- und Sportgruppe, eine Theaterformation, sowie eine Teestuben- und eine Musikgruppe. Hier wird über aktuelle Probleme diskutiert, gebastelt, werden Theaterstücke eingeprobt, zwangloser Freizeitsport getrieben, eine eigene Jugendtreffpunktzeitung geschrieben und vieles mehr.

Alles sinnvolle Freizeitaktivitäten!

Zur Zeit sind über 100 Jugendliche aus Ebersberg Mitglieder des 1978 gegründeten Verein Jugendzentrum Ebersberg e. V., sowie über 50 Jugendliche Mitglieder der erwähnten Jugendgruppen. Schade, daß gerade von Leuten, die den Jugendtreffpunkt noch nie gesehen haben, manchmal Vorurteile produziert werden, die mit der Realität und der guten Jugendarbeit im Jugendtreffpunkt nichts gemeinsam haben. So kommt es dann schon einmal vor, daß am Stammtisch eines Gasthauses eine Geschichte erzählt wird, die bestenfalls als „kleinbürgerliches Märchen“ zu bewerten ist.

Im Jugendtreff ist man stolz auf die Tatsache, wonach wesentlich mehr Fruchtsäfte und Limonaden (1/2 Liter nur 50 Pfennig) sowie Tee getrunken wird, als nach den Bestimmungen des Jugendschutzes Bier verkauft wird. Zudem kann die Aktionsgruppe Jugendzentrum Ebersberg mit Zufriedenheit auf statistisches Material des Kreis-Jugendamtes hinweisen, wonach in Ebersberg nach der Eröffnung des Jugendtreffpunktes an der Floßmannstraße die Rate der Jugendkriminalität als einzige Gemeinde im ganzen Landkreis rückläufig wurde, — und auch heute noch in einem positiven Verhältnis zu anderen Gemeinden steht.

Viele Bürger sind dem Jugendtreff gegenüber skeptisch, weil es sich seinerzeit um eine Initiative, der im Gegensatz zur Jungen Union sehr aktiven Ebersberger Jungsozialisten handelte. Die Jusos arbeiteten dann im Jugendtreffpunkt selbstverständlich aktiv mit, jedoch nicht als Parteipolitiker sondern als Jugendliche.

Oftmals fehlinterpretiert wurde auch die Absicht der offenen Jugendarbeit von seiten der Vereine, obwohl führende Aktive des Jugendtreffpunktes auch im sonstigen Vereinsleben mitwirken. Betont werden muß auch, daß viele Jugendliche, die beispielsweise unter der Woche im Sportverein trainieren, am Wochenende gerne eine Veranstaltung im Jugendtreffpunkt besuchen. Dies entspricht genau dem Prinzip der offenen Jugendarbeit, wonach man nicht in Konkurrenz zu Vereinen, sondern ergänzend zu deren Arbeit wirken will.

Die Ebersberger Sozialdemokraten jedenfalls werden künftig durch den Ortsverein und die Stadtratsfraktion den Jugendtreffpunkt an der Floßmannstraße weiter unterstützen und zudem betonen, daß man Jugendarbeit sowohl der Vereine, der Kirchen und die der Aktionsgemeinschaft Jugendzentrum e. V. als gleich wichtig einschätzt.

Denn das ist die Aufgabe der Gesellschaftspolitik und somit einer verantwortungsvollen Kommunalpolitik. Dies umso mehr, als das die Situation in Schule, Ausbildung und Berufsleben für viele junge Menschen große Belastungen mit sich bringt.

Der CSU ist es nicht ernst mit der Jugendpolitik

Besonders der ländliche Raum hat unter mangelnder Jugendförderung zu leiden — Erhöhung der Mittel im Landtags-Etat völlig unbefriedigend.

Die bayerische SPD spricht der CSU den ernsthaften Willen ab, intensive Jugendförderung zu betreiben. Dies ergebe sich aus den geringen Mitteln, die von der Staatsregierung im Jugendetat eingesetzt worden seien. Verwunderlich sei dies nicht, so SPD-Landtagsabgeordneter Schmolcke, wenn man beobachte, wie die führenden CSU-Politiker in jedem zweiten jungen Menschen einen potentiellen Radikalen vermuten.

Eine Ausstattung dieses wichtigen Programmes mit nur 26 Millionen Mark und vor allem die nur geringfügige Anhebung um drei Millionen Mark im Nachtragshaushalt ist nach Ansicht Schmolckes — messen an den

Mutterschutz wurde verbessert!

Für viele berufstätige Frauen ist die Freude ein Kind zu bekommen, oftmals auch mit Problemen verbunden. Denn bald stellt sich die Frage: Wie soll es nach der Entbindung weitergehen?

Die Familie steht dann vor der Entscheidung, ob es sich die junge Mutter leisten kann, die Pflege ihres Kindes in den ersten Monaten selber zu übernehmen.

Bisher war dies nur möglich, wenn sie dazu ihren bisherigen Arbeitsplatz, 8–12 Wochen nach der Geburt, aufgab.

Mit dem neuen Mutterschutz-Gesetz ist seit dem 1. Juli 79 allen berufstätigen Müttern die Möglichkeit gegeben, den Mutterschaftsurlaub bis zu 6 Monaten nach der Geburt auszuweiten und danach ihren alten Arbeitsplatz wieder einzunehmen.

In dieser Zeit genießt die Mutter Kündigungsschutz und erhält ein monatliches Mutterschaftsgeld bis maximal DM 750,— von der Krankenkasse oder dem Bundesversicherungsamt.

Anspruch auf das Mutterschaftsgeld haben auch arbeitslose Mütter, die Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe beziehen. Die Wiederherstellung der körperlichen Leistungsfähigkeit einer jungen Mutter ist sicher auch in 6 Monaten eher zu erreichen als in 8 Wochen.

Dieses wird nicht zuletzt der gesamten Familie zugute kommen. Nach einem 6monatigen Mutterschaftsurlaub wird die Entscheidung, den Beruf wieder aufzunehmen oder nicht, sicher leichter fallen.

Wir sozialdemokratische Frauen sind der Meinung, daß dies alles nur ein Anfang sein kann, denn die Tatsache, daß ein Kleinkind sehr viel länger die Zuwendung und Betreuung der Mutter oder des Vaters braucht, bleibt bestehen.

AsF Ebersberg, Kontaktadressen:
Annely Pruß, Telefon 217 45;
Magda Bauer, Telefon 215 64;
Brunhild Mette, Telefon 219 75.

vielen Versprechungen der CSU — „völlig unbefriedigend“. Der Abgeordnete: „Sie hat sich einfach aus ihrer Verantwortlichkeit gestohlen“.

Besonders erschreckend sind nach Ansicht Schmolckes die erheblichen Unterschiede in der finanziellen Jugendbezugssumme zwischen den Ballungsgebieten und dem ländlichen Raum. Während die Bezugssumme in der Landeshauptstadt durch die langjährige Arbeit der SPD bereits ein sehr hohes Niveau erreicht habe, fehle es gerade in strukturschwachen Gebieten noch an den ersten Grundlagen.

Diese ungünstige Entwicklung und Benachteiligung der ländlichen Bereiche sei stets durch die Jugendpolitik der Staatsregierung gefördert worden, stellt SPD-MdL Schmolcke fest. Es bestehe also zu Recht die Forderung des BAYERISCHEN JUGENDRINGS nach verstärkten Investitionen in Problemgebieten.

SPD-Ortsverein Ebersberg diskutiert

Auf ihrer letzten Mitgliedsversammlung am 6. Juli 79 befaßten sich die Ebersberger Sozialdemokraten mit der gesetzlichen Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge. SPD-Kreisvorsitzender Friedhelm Haenisch wurde an diesem Abend von Ortsvereinsvorsitzenden Ewald Schurer als Referent begrüßt.

Zu Beginn seiner Ausführung zitierte der Referent aus dem Godesberger Programm von 1959 – „Staat und Gesellschaft haben die Familie zu schützen, zu fördern und zu stärken. In der materiellen Sicherung der Familie liegt die Anerkennung ihrer ideellen Werte“. Ehe und Familie sind für Sozialdemokraten erstrebenswerte Formen menschlichen Zusammenlebens, kommentierte Haenisch das Godesberger Programm. Dies hat jedoch nichts mit dem Bild der „Idylle des Großbürgertums“ zu tun, welches die Unionsparteien offensichtlich noch heute pflegen. Der Referent bezeichnete viele Familien in ihrer Struktur als inhomogen und gab zu bedenken, daß manche Familie in ihrem Bestand gefährdet sei. Gründe hierfür seien oftmals Schwierigkeiten in der Partnerbeziehung, berufliche Problemfelder und daraus resultierende Schwierigkeiten im Erziehungsprozeß der Kinder im Elternhaus, in Schule und Ausbildung. Daß die SPD mit ihrem

neuen Gesetz die Familie zerstören will, wie dies gerade die erzkonservative CSU behauptet, bezeichnete der SPD-Kreisvorsitzende als „große soziale Lüge der Union“. Tatsache sei vielmehr, daß die Sozialdemokraten mit diesem Gesetz die Stellung des Kindes innerhalb der Familie durch nachhaltigen Schutz gestärkt haben. Die Neuregelung bekräftigt, daß Erziehungsverantwortung und -Entscheidung bei den Eltern verbleiben, bis das Kind volljährig ist. Neu ist dabei, daß Eltern und Kinder einander zu Rücksicht und Beistand verpflichtet sind (§ 1618a BGB) und entwürdigende Erziehungsmaßnahmen künftig unzulässig sind (§ 1631 Abs. 2 BGB). Das neue Recht wahrt die elterliche Erziehungsautonomie. Die Erziehung hat dem Wohl des Kindes zu dienen. Nur wenn dieses verletzt wird, muß der Staat gemäß § 6 des Grundgesetzes im Auftrag der staatlichen Gemeinschaft die Schutzfunktion für das Kind übernehmen.

Bürgerbrief der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Mitbürgerinnen,
Liebe Mitbürger,

die sozial-liberale Koalition in Bonn hat wieder für Sie wichtige neue Gesetze durchgesetzt. Einige davon treten jetzt in Kraft:

- Das Kindergeld für zweite Kinder wird ab 1. Juli um DM 20,- auf DM 100,- erhöht. Für dritte Kinder beträgt es jetzt DM 200,-. Dadurch werden viele Familien finanziell entlastet.
- Für berufstätige Mütter gibt es jetzt 6 Monate Mutterschaftsurlaub. In dieser Zeit wird ein Einkommensausgleich („Mutterschaftsgeld“) bis zu netto DM 750,- gezahlt. Der Staat übernimmt auch die Beiträge für die Kranken- und Sozialversicherung. 2 Monate länger – nämlich 8 Monate – gilt jetzt der Kündigungsschutz. Das Gesetz gilt auch für Arbeitnehmerinnen, die seit dem 5. Mai d. J.

ein Kind zur Welt gebracht haben. Weitere Informationen geben die Krankenkassen.

- Ab 1. Juli werden arbeitsrechtliche Gerichtsverfahren beschleunigt. Arbeitsrechtliche Streitigkeiten wie z. B. Kündigungsschutzverfahren, die nach geltendem Rechtszustand 4 Jahre und länger dauern können, werden jetzt erheblich schneller durchgezogen.
- Schwerbehinderte können ab 1. Oktober mit dem öffentlichen Nahverkehr und allen Nahverkehrszügen der Deutschen Bundesbahn im Umkreis von 50 km vom Wohnort frei fahren. Diese Regelung gilt auch für Begleitpersonen, wenn die Notwendigkeit der Begleitung im Schwerbehindertenausweis vermerkt ist. Der entsprechende Ausweis kann im zuständigen Versorgungsamt beantragt werden.

Auch in schwierigen Zeiten setzen Sozialdemokraten sozialen Fortschritt durch.



Erinnern Sie sich noch an die erste Ausgabe der Ebersberger Umschau? Wir berichteten über die Umgehungsstraße der Kreisstadt und stellten die Forderung, daß der Voglberg in jedem Fall erhalten werden muß.

Aus dem Stadtrat

Gegen die Stimmen der SPD wurden Wohnungen verkauft.

Verkauf des städtischen Anwesens an der Lehrer-Schwab-Gasse.

Die Stadt Ebersberg veräußerte ohne jegliche Notwendigkeit das Grundstück an der Lehrer-Schwab-Gasse Nr. 6, das sogenannte „Armenhaus“. Angesichts der Tatsache, daß in Ebersberg Sozialwohnungen fehlen, war die SPD-Stadtratsfraktion der Meinung, man müsse Sozialwohnungen in jedem Falle erhalten und fördern. Die Stadt hat sich durch diese Entscheidung aus der Verantwortung als Sozialbehörde gestohlen. Denn Tatsache ist, daß in Ebersberg ein echter Notstand an Sozialwohnungen gegeben ist; allein der Stadtverwaltung liegen ca. 70 Anträge auf Sozialwohnungen vor.

Antrag der SPD für sozialen Wohnungsbau.

Sozialen Wohnungsbau beantragte die SPD-Fraktion im Rathaus bereits im Jahre 1978. Die Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für den Landkreis Ebersberg bot sich an, derartige Sozialwohnungen zu erstellen, wenn die Stadt Ebersberg ein entsprechendes Gelände zur Verfügung stellt. Dem Antrag wurde der Vorschlag beigefügt, hierfür das Grundstück des alten Kolpingsheimes an der Baldestraße zu verwenden.

SPD gegen Bauhofverlegung.

Der Verkauf des Sozialhauses wurde von der CSU-Mehrheit des Stadtrates damit begründet, daß man mit dem Erlös aus dem Verkauf Grund im Gewerbegebiet kaufen könne, um den städtischen Bauhof in das Gewerbegebiet verlagern zu können. Auch hiergegen wendet sich die sozialdemokratische Opposition im Rathaus. Denn, ganz abgesehen von kostenträchtigen Überlegungen, wie längere Wegstrecken, erhöhte Transportkosten, unumgängliche Mehrbeschäftigung städtischen Personals, ist die SPD der Meinung, daß die Dienstleistungen eines Bauhofes innerstädtisch und für den Bürger nah erreichbar sein müssen. Der Bauhof hat für die Bürger der Stadt die Funktion eines zusammengefaßten und vielfältigen Gewerbebetriebes wahrzunehmen und muß daher im Ort bleiben!

Die „zehn Gebote“ zum Jahr des Kindes

Die Aktion „Humane Schule Bayern“ hat Eltern, Lehrer und Verbände auf die zehn Gebote zum Jahr des Kindes hingewiesen. Die von dem Erziehungswissenschaftler L. Froese verfaßten Gebote wurden der UNESCO zugeleitet. Sie lauten:

1. Du sollst ein Kind als das höchste Gut ansehen.
2. Du sollst ein Kind nicht zum Bild deiner selbst machen.
3. Du sollst Kindern zur seelischen und körperlichen Entfaltung mehr Freizeit gewähren.
4. Du sollst die Persönlichkeit eines Kindes achten.
5. Du sollst gegen Kinder nicht mit Gewalt vorgehen.
6. Du sollst das Vertrauen eines Kindes nicht zerstören.
7. Du sollst Kinder vor dem Tod bewahren.
8. Du sollst Kinder nicht zur Lüge verleiten.

9. Du sollst die Bedürfnisse eines Kindes anerkennen.
10. Du sollst den Kindern ihr eigenes Recht geben.

(Die ausführlichere Darstellung der 10 Gebote senden wir Ihnen auf Anfrage gerne zu.)

Was wird bei uns für die Kinder getan?

Nicht nur zum Jahr des Kindes sollten wir uns die Frage stellen, wie gut oder schlecht leben Kinder in unserer Gemeinde. Aus dem Blickwinkel des Erwachsenen kann diese Frage sicher nicht erschöpfend beantwortet werden. Deshalb sollten wir unsere jungen „Mitbürger“ mit mehr Verständnis und Wohlwollen betrachten. Wir werden dadurch ihre Wünsche und Forderungen besser kennenlernen.

Die anstehende Frage läßt sich sicher im Bereich des Bildungs-, Freizeit- und Sicherheitsangebotes am klarsten beurteilen. Hierbei gelten reelle Größen wie Zahl und Ausstattung der Spielplätze, Größe von Klassen und Gruppen und gefahrlose Verkehrswege.

Wie sieht das Angebot in der Stadt Ebersberg aus?

Positiv zu bewerten sind die zahlreichen Initiativen in der Jugend- und Kinderarbeit von Seiten der Vereine, der kirchlichen Jugendarbeit sowie die Initiativen Abenteuerspielplatz und Jugendzentrum, welche heute ebenfalls als Vereine tätig sind.

Wie aber sehen die Leistungen der Kommune für die Kinder aus?

Im Jahr des Kindes sollte die Stadt schnellstens Ersatz für das jetzige Spielgelände des Abenteuerspielplatzes schaffen, welches wegen einer Baumaßnahme künftig nicht mehr zur Verfügung stehen wird.

Auffällig ist das Versäumnis der Stadtverwaltung in Ebersberg Nord-West, wo seit der Bebauung des alten Spielplatzes noch immer kein neuer Kinder-Spielplatz geschaffen wurde. Hier wird es jetzt wirklich höchste Zeit, daß endlich etwas geschieht.

Wie sich die mittlerweile berühmt-berüchtigte Situation auf dem Gelände des ehemaligen Mädchenschulhauses entwickelt, scheint augenblicklich etwas unklar. Die SPD wollte seinerzeit Jugendzentrum und Spielplatz nebeneinander. Will die Stadt nun einen Kinderhort bauen, so muß ernsthaft der Bedarf und zweitens geprüft werden, ob dies zu Lasten des vormals groß propagierten öffentlichen Kinderspielplatzes im Stadtgebiet geht. Es bleibt nur zu hoffen, daß die für die Kinder beste Entscheidung getroffen wird. Die Ebersberger SPD wird hier mit konstruktiver Kritik mitwirken.

In jedem Falle erscheint die Errichtung eines öffentlichen Kinderspielplatzes in der Stadtmitte notwendig und zudem steht die konservative Mehrheit des Stadtrates diesbezüglich im Wort. Und unser Vorschlag Tiefgarage steht hier den Interessen der Kinder keinesfalls im Weg. (siehe Titel-Artikel)

Die Schulwegsicherheit unserer Kinder sollte weiter verbessert werden, was an manchen Punkten durch den vermehrten Einsatz von Schülerlotsen erreicht werden könnte.

Der kommunalpolitische Ausschuß und die Stadtratsfraktion der SPD werden sich mit den angesprochenen Punkten noch solange befassen, bis sie zur Zufriedenheit gelöst sind. Im Interesse der Kinder und der Jugend!

Da Grantlhuber grantelt

Oiso, de fünfanzwanzg-Jahrfeier von unsara Stod war ja ganz sche, aber es hätte ruhig no a bisserl lauter sein können.

Manche ham gar nima mitgekriegt, daß des de silberne Stadterhebungsfeier war, weil da Spui-manszug sei zwanzgjähriges Jubiläum gefeiert hod. Da 1. Bürgermoaster hod sie überhaupts recht zurückgehalten in da ganzen Angelegenheit, weil er hoid de letzten fünfanzwanzg Jahr keinen einzigen Tag z'Ebersberg gwohnt hod. So gesehen ko ma de Passivität der Stod bei ihrem eigenen Jubiläum versteh.

Es hod ja ned einmal zu a offiziellen Festzeitschrift gelangt, de sunst in jedem Dorf mit fünfzig Bürger bei so am feierlichen Anlaß rausgegeben werd.

Und für de Jugend und de Kinder war a nix geboten, so daß da Kreisjugendring no schnell mit de Ebersberger Jugendgruppen und Vereine an Kinder- und Jugendtag für den 29. Juli organisiert hod, sozusagen ois Nachtrag zur funfanzwanzg-Jahrfeier vo Ebersberg.

Wenst mi frogst, war des silberne Jubiläum z'Ebersberg a bisserl zu blechan.

Jetzt hams aber de Sau raus lassen. Grod der Mo mit de meisten politischen Skandale in da ganzen Nachkriegsgeschichte is da Kanzlerkandidat vo da Union worn.

Darauffin hods in Bayern glei drei Wocha lang durchgeregnet. Wahrscheinlich war des a Zeichen vom Himme. Erschrocken bin i scho a bisserl, aber das der Kohlkopf nimma mehr zusammenbringt, des war mir scho klar. Wen ma jetzt den Bayern-Kurier aufschlogt, kon ma jede Woche lesen, daß mit allem bergab geht, direkt einer Katastrophe entgegen.

Der Franz Josef (den zweiten Nama hod er sich selber gegeben) kommt mir jetzt vor wie a Wetterhäusl, des immer auf Regen und Donnerwetter steht. Als Panikmacher is er ja seit seiner Sonthofener Rede ganz gut bekannt, bloß ob er a Regierung in Bonn außer zu seinem eigenen Vorteil a für de Bürger führen ko, des möcht i scho sehr bezweifeln.

Agrat der Mo mit de dicksten Affairen vo alle Polit-Profis.

Na — do gehst ma Franz Josef — aber ned nach Bonn!

Impressum: Ebersberger Umschau; Herausgeber: SPD Ebersberg; Verantwortlich: Ewald Schurer, Richardisw 11, 8017 Ebersberg; Druck: Offsetdruck ECK, Kirche, weg 5, 8011 Kirchseeon.

Zur Person

Willy Brandt: „Die Rückbesinnung zeigt, daß Verleumdungen den Kampf um mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Fortschritt nicht aufhalten können.“

Fortsetzung von Seite 1

Nach unserer Meinung wäre es für die Ebersberger Bevölkerung fatal, wenn die gutgemeinten und durchaus realisierbaren Überlegungen nur deshalb zerschlagen würden, weil die konservative Mehrheit SPD-Vorschläge größeren Ausmaßes grundsätzlich ablehnt.

Der SPD kommt es nicht darauf an, auf irgendwelche Urheberrechte zu pochen, sondern einzig und allein den Wohnwert der anliegenden Bürger zu verbessern und die Positionen der Konsumenten sowie der einheimischen Geschäftswelt zu stärken.